

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 4

Artikel: Pilet-Golaz' Fall und die politischen Konsequenzen
Autor: Oprecht, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335096>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - DEZEMBER 1944 - HEFT 4

Pilet-Golaz' Fall und die politischen Konsequenzen

Von Dr. Hans Oprecht

Der Fall des Herrn Bundesrates Pilet-Golaz kann nur bei oberflächlicher Betrachtung der Dinge ausschließlich als eine Folge seiner außenpolitischen Niederlage beurteilt werden. Es ist aber auch abwegig, wenn bürgerliche Zeitungen den Versuch unternehmen, die Demission des Herrn Pilet-Golaz als eine persönliche, sogar als eine vorwiegend psychologische Angelegenheit zu deuten. Die Demission des Herrn Pilet-Golaz drängte sich bei genauer Betrachtung vor allem aus innenpolitischen Gründen auf. Wäre Herr Pilet-Golaz vom Vertrauen des Volkes in seiner Masse getragen gewesen und nicht nur von jenem einer Anzahl Parteifreunde, dann hätte er der russischen Absage wegen nicht gehen müssen. Daß ihn diese aus dem Sattel hob, zeigt einmal mehr, daß die Außen- und die Innenpolitik nicht voneinander getrennt werden können. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Deshalb ist von uns seit jeher als eine Fiktion erklärt worden, daß die Außenpolitik nur Sache des Bundesrates sei und das Parlament und das Volk dazu nichts zu sagen hätten. Die Außenpolitik wird auch in der Schweiz in erster Linie vom Volk bestimmt. Das Volk hat das zu wiederholten Malen sehr energisch sogar bewiesen. Wir verweisen auf den seinerzeitigen Kampf um den Eintritt in den Völkerbund. Wir verweisen auch auf die Initiative betreffend die Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum. Die Außen- und die Innenpolitik sind sozusagen siamesische Zwillinge. Es mußte darum der «Fall Pilet-Golaz» auch innenpolitisch zu weittragenden Konsequenzen führen, so unangenehm das für gewisse bürgerliche Parteien auch sein mag. Die Demission des Herrn Pilet-Golaz ist nur eine dieser Konsequenzen. So sehr sich Herr Pilet-Golaz und auch schon sein Vorgänger, Herr Giuseppe Motta, bemüht haben, die Außenpolitik unseres Landes zur gewissermaßen geheimen Domäne ausschließlich des Bundesrates zu machen – immer in entscheidenden und kritischen Phasen hat der Wille des Volkes gegen diese Geheimpolitik sich durchgesetzt. Das geschah früher gegen Herrn Motta. Das ist auch heute wieder gegenüber Herrn Pilet-Golaz geschehen. Das Volk *will* zur Außenpolitik etwas sagen. Es läßt sich auch in außenpolitischen Dingen nicht

auf die Seite stellen. Das ist gut so, der Fall Pilet beweist es. Hätte Herr Pilet der Einstellung und dem Willen des Volkes in seinem außenpolitischen Handeln Rechnung getragen, müßte er jetzt nicht gehen. Dann wäre es nämlich nie zu Konzessionen an jene Geistesrichtung gekommen, welche das Volk aus seiner gesunden demokratischen Grundeinstellung heraus seit jeher ablehnte und die Herrn Pilet schließlich die Moskauer Abfuhr bereiteten. Das Tragische am Ganzen ist, daß nicht Herr Pilet nunmehr die Folgen seiner Mißachtung des Volkswillens zu tragen hat. Denn Herr Pilet geht. Auslöffeln muß die von Herrn Pilet eingebrockte Suppe das Volk. Immer, wenn außenpolitische Fehler gemacht werden, hat das Volk die Zeche zu bezahlen. Deshalb beansprucht es, daß man seinen Willen auch im außenpolitischen Sektor strikte respektiert.

Nach diesem Krieg wird die Außenpolitik aller Länder viel entschiedener, als das bisher der Fall gewesen ist, unter die Kontrolle der Völker gestellt. Auch bei uns in der Schweiz. Die Zeit der Geheimpolitik ist vorbei. Die Völker wollen nicht länger mehr für Fehler bluten oder zahlen, welche die die Außenpolitik machenden Herren begehen. Die sich mit Außenpolitik befassenden Herren werden sich vielmehr dazu bequemen müssen, das zu tun, womit sie von den Völkern beauftragt werden. Herr Pilet-Golaz ist nicht zuletzt auch darüber gestürzt, daß er nicht rechtzeitig erkannt hat, welche Wandlungen in der Führung der Außenpolitik eines jeden Landes, auch des unsrigen, der Krieg verursacht hat. Er glaubte, mit den überholten Methoden und den alten Mitteln der Diplomatie Außenpolitik machen zu können. Auch darum mußte seine Außenpolitik zu diesem Mißerfolg führen, wie er sich beim Versuch der Ordnung der Beziehungen Schweiz–Sowjetunion ergeben hat. Mit der Neuorientierung unserer Außenpolitik ist aber auch zu verbinden eine Neuordnung des Apparates unseres politischen Departementes. Wir müssen anders als bisher die diplomatischen und wirtschaftlichen Posten in der Außenvertretung unseres Landes besetzen. Mit Herrn Pilet hat eine Reihe von Herren zu gehen, welche außer dem, daß sie aus den «herrschenen Familien» kommen, wenig oder nichts vorzuweisen haben. Das Politische Departement darf nicht länger Unterschlupf für Herren «von» und «zu» sein; wir wollen künftig auf unsern Gesandtschaften Vertretern unseres Landes begegnen, die den Anforderungen gewachsen sind, wie die Zeit sie stellt. Angestrebt wird damit nicht eine grundsätzliche Kursänderung in unserer außenpolitischen Haltung: Der Grundsatz der absoluten Neutralität muß in unserer Außenpolitik uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben, obwohl sich daraus für uns vielleicht bei der Neuordnung der Verhältnisse in Europa nicht unwesentliche Schwierigkeiten ergeben können.

Bei einer allfälligen Neugruppierung der Staaten Europas kann die Schweiz zeitweise in die Lage kommen, zwischen zwei Lagern zu stehen. Die Außenpolitik der Schweiz wird also, verglichen mit der Zeit vor dem Krieg, in welcher ein «Gleichgewicht der Kräfte» in Europa bestand, öfter schwieriger zu meistern sein als bisher. Darum braucht es dann auch an der Spitze des Politischen Departementes einen Mann, der den großen und neuen Aufgaben in der Außenpolitik unseres Landes gewachsen sein wird. Diese können nicht mit den üblichen diplomatischen Mitteln des Fines-

sierens und Lavierens gelöst werden. Das Politische Departement bedarf in der Nachkriegszeit, wenn es für die Schweiz die absolute und integrale Neutralität wahren will, einer klaren Steuerung auf der Basis einer grundsätzlichen innen- und damit außenpolitischen Konzeption. Hinter dieser muß das Volk stehen.

Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, sich sozial- und wirtschaftspolitisch mit den Problemen grundsätzlich zu befassen, die die Nachkriegszeit auch ihr stellen wird. Die Wirtschaftspolitik unseres Landes darf nicht mehr, wie bisher, ein Privileg des Vorortes des Handels- und Industrievereins, eventuell noch des Bauern- und Gewerbeverbandes sein. Die Arbeiterschaft muß bei der Lösung der großen Fragen der Wirtschaftspolitik unseres Landes entscheidend mitwirken können. Es ist zum Beispiel untragbar, daß der Vorort des Handels- und Industrievereins ständig durch seinen Vertreter, beispielsweise in der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, entscheidend die ganze schweizerische Handelspolitik beeinflusst, ohne daß die Arbeiterschaft dabei irgendwie ein Wort zu sagen hat. Sowohl die Landwirtschaft als auch das Gewerbe sind in dieser Beziehung viel besser daran. Sie haben entsprechenden Einfluß sowohl im «Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit» als auch in der «Abteilung für Landwirtschaft».

Die Sozialdemokratie kann sich künftig nicht mehr damit begnügen, einen Mann ihrer Gesinnung oder deren zwei im Bundesrat zu wissen. Sie verfügt über genügend geeignetes Holz, um auch der Bundesverwaltung entsprechend ihrer Stärke Beamte zu stellen. Wir denken dabei vor allem auch an die Besetzung von Posten im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, sowohl im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit als auch im Amt für Sozialversicherung. Es soll nicht mehr länger nur Katholischkonservativen oder Freisinnigen gestattet sein, an den leitenden Posten im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement das Steuer zu führen. Die schweizerische Arbeiterschaft, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften melden ihren Anspruch auf die Mitwirkung im Apparat der Bundesverwaltung an, und sie werden diesen durchzusetzen wissen.

Die schweizerischen Arbeiterorganisationen haben mit dem Programm der Sozialdemokratischen Partei, der «Neuen Schweiz», für die Tätigkeit ihrer Vertrauensleute in den Behörden eine politische Grundlage geschaffen, die es ihnen leicht machen wird, eine grundsätzliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten.

Die Entwicklung in Europa und auch in der Schweiz drängt zwangsläufig zu einer Neuordnung auch unserer Außenpolitik wie der Innenpolitik. Im Hinblick auf die Nachkriegszeit soll diese Revision mit klarem Kopf und entschiedenem Willen ohne Verzug in Angriff genommen werden, damit zu gegebener Zeit ohne große Schwierigkeiten die schwersten Aufgaben gelöst werden können.

Die schweizerische Arbeiterschaft ist sich der Mitverantwortung für die Außen- und die Innenpolitik unseres Landes bewußt. Sie will und wird sich dieser nicht entschlagen. Da sie, ob sie will oder nicht, deren Auswirkungen in erster Linie zu tragen hat, will sie dabei auch mitreden

und mitentscheiden, und zwar nicht nur außenstehend, sondern von maßgebenden Posten aus, entsprechend ihrer Stärke.

Sowenig wie 1940 die Arbeiterschaft geschwankt hat, sowenig wird sie in der Zeit des Kriegsendes und in der Nachkriegszeit ihre Haltung ändern. Im Programm «Neue Schweiz», insbesondere auch im Ingeß dazu, ist der politische Kurs der schweizerischen Arbeiterorganisationen für jedermann sichtbar nach außen wie nach innen eindeutig festgelegt. Dabei bleibt es. Die schweizerische Arbeiterschaft wird durchhalten. Die schweizerische Arbeiterschaft will aber auch mitgestalten.

Dokumente der Zeitgeschichte

Zeitungen und Reden aus den letzten Wochen sind angefüllt mit Hinweisen auf Vorgänge in den letzten zehn Jahren, ohne daß die Dokumente selbst, die diesen Vorgängen zugrunde liegen, hinreichend bekannt wären. Wir glauben, den Lesern der «Roten Revue» zu dienen, wenn wir in den folgenden Blättern eine Reihe von Dokumenten in extenso publizieren, zum Teil in Erinnerung rufen, zum Teil als bisher unbekanntes Dokumentenmaterial veröffentlichen. Irgendein außenpolitisches Hindernis besteht nicht mehr, wohl aber das Bedürfnis, diese Dokumente einmal zusammengefaßt und ohne Kürzungen oder Streichungen kennenzulernen. Jeder Leser mag daraus die ihm zusagende Lehre oder Konsequenz selbst ziehen.

(Die Kursiv-Auszeichnungen sind von uns. Red.)

Motta gegen Rußland

*Discours prononcé devant la VI^e Commission de l'Assemblée,
le 17 septembre 1934, sur la demande d'admission de l'Union des
républiques soviétiques socialistes dans la Société des Nations*

Mesdames et Messieurs,

La position que le Conseil fédéral suisse a prise devant la demande d'admission présentée par l'Union des républiques soviétiques socialistes est connue de tous. Critiquée par les uns, défendue par les autres, contraire à l'opinion de la grande majorité des autres délégations, contraire surtout aux desseins déclarés des trois grandes puissances ici présentes, l'attitude de la Confédération suisse doit être motivée et expliquée. Je tâcherai de le faire avec ces sens de la mesure et ce souci de la modération qui seuls garantissent aux arguments leur efficacité, mais je vous parlerai en même temps avec cette entière franchise que nous nous devons les uns aux autres.

La Suisse est le seul Etat qui soit entré dans la Société des Nations par la voie du plébiscite, c'est-à-dire par un vote de son peuple et de ses cantons. La lutte autour de cette question capitale fut une des plus disputées et des plus émouvantes de notre longue histoire. Le gouvernement fédéral apporta dans la controverse tout le poids de son autorité et il fut suivi. Les fondateurs de la Société nous avaient témoigné leur confiance en désignant Genève comme siège de la nouvelle institution. Notre opinion publique a toujours été et reste très sensible à ce grand honneur. Le fait d'être le pays du siège a eu, entre autres, ce résultat en somme heureux de concentrer peut-être plus qu'ailleurs l'intérêt de notre opinion publique sur les travaux et l'activité de la Société des Nations. La proximité des choses en augmente presque toujours l'intérêt.